

Zürich, 11. Mai 1998

KR-Nr. 174/1998

ANFRAGE von Peter F. Biemann (CVP, Zürich)

betreffend Schaffung eines zentralen Rechtsdienstes, Stellenbesetzungen

Die Staatskanzlei hat im März per Inserat eine Anwaltssekretärin für die Rekursabteilung beim zentralen Rechtsdienst gesucht. Dabei konnte man erfahren, dass dieser Rekursabteilung bereits 13 juristische Mitarbeitende zugeteilt wurden. Es entsteht der Eindruck, dass sich die schlimmsten Befürchtungen aus dem Vorfeld der Beratung des revidierten Verwaltungsrechtspflegegesetzes bewahrheiten. Nämlich, dass mit der Übertragung der Bearbeitung von Rekursen gegen Direktionsentscheide an einen zentralen Rechtsdienst - trotz gleichzeitiger Vermehrung der Kompetenzen von Baurekurskommissionen und Verwaltungsgericht - eine weitere Aufblähung der Verwaltung, mit allen Konsequenzen für den Staatshaushalt, einhergehen wird.

Da davon ausgegangen werden kann, dass die personellen Änderungen mittlerweile vollzogen sind, bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

Wie viele Stellenprozente sind für die Rekursabteilung beim Rechtsdienst geschaffen worden

- a) juristische Mitarbeiter/-innen
- b) übrige

Bei welchen Direktionen konnten wieviele dieser Stellenprozente durch Personalabbau kompensiert werden

- a) juristische Mitarbeiter/-innen
- b) übrige

Peter F. Biemann